
Staatssicherheit und Wirtschaftskrise – Warnungen des MfS vor dem ökonomischen Niedergang der DDR in den 1980er Jahren

Andreas Malycha



Dr. Andreas Malycha, geb. 1956 in Berlin. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin; Schwerpunkte der wissenschaftlichen Tätigkeit: Geschichte des politischen Systems in der

DDR, speziell die Geschichte der SED und die Wissenschaftsgeschichte der DDR. Zahlreiche Veröffentlichungen zur SED-Geschichte.

Abstract

Internal reports and information by the MfS more or less clearly addressed the actual economic situation in the GDR, also naming some of the causes. The secret analyses Mielke was presented with by the MfS Hauptabteilung (Main Department) XVIII uncovered some of the functional flaws of the planned economy, naming Günther Mittag as being responsible for a misguided economic policy. However, the MfS by its analyses was not able to offer any conceptual or personal alternative to the SED's economic course which could have been enforced under the prevailing political conditions.

I. Informationsquellen über den Verfall der Wirtschaft

Anfang der 1980er Jahre war das Wirtschafts- und Sozialprogramm der SED praktisch gescheitert.¹ Stagnierende Wirtschaftskraft, steigende Ausgaben für die sozialen Wohltaten sowie eine erhebliche Verteuerung und Kürzung der lebensnotwendigen Erdöllieferungen aus der Sowjetunion, die ihre Verpflichtungen nicht mehr erfüllen konnte, verursachten eine ernste Wirtschafts- und Versorgungskrise.² Negative außenwirtschaftliche Bedingungen (Anstieg der Rohstoffpreise), das westliche Embargo (COCOM-Liste der Güter, die als „militärisch relevant“ betrachtet wurden und deshalb nicht an die Staaten des

-
- 1 Der Beitrag beruht auf der Monografie: Andreas Malycha, Die SED in der Ära Honecker. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971 bis 1989, München 2014.
 - 2 Vgl. André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 194 f.

Warschauer Pakts verkauft werden durften), vor allem aber volkswirtschaftliche Missstände und die Unzulänglichkeiten der Planwirtschaft führten zu einem rapide zunehmenden wirtschaftlichen Verfall und drohender Zahlungsunfähigkeit gegenüber westlichen Gläubigern. Die DDR stürzte schließlich in ihre finale Existenzkrise. Nicht nur unter den führenden SED-Wirtschaftsfunktionären, auch in der für die Wirtschaft zuständigen Hauptabteilung (HA) XVIII des MfS machte sich Furcht vor dem drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR breit.³

Aufschlussreich ist daher ein Einblick in den Kenntnisstand, über den das MfS durch seine Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) sowie offizielle Kanäle in der Wirtschaft tatsächlich verfügte.⁴ Über einen komplexen Informationsfluss gewann die HA XVIII ein differenziertes Bild über die Wirtschaftsabläufe von der Planaufstellung bis hin zum Planvollzug. Diese Diensteinheit des MfS, die seit 1974 von Alfred Kleine im Range eines Generalmajors geleitet wurde, war für die „Sicherung der zentralen volkswirtschaftlichen Bereiche, Objekte und Einrichtungen“, insbesondere für die Überwachung der zentralen Leitungs- und Planungsorgane der Wirtschaft zuständig.⁵ Unter Kleines Leitung trat die HA XVIII zunehmend als eine Art Aufsichtsbehörde über den Wirtschaftsapparat in Erscheinung. Die jeweiligen Politbürovorlagen zu den Jahres- und Fünfjahrplänen wurden ihr zur Stellungnahme übersandt, um den Realitätsgehalt der einzelnen Plankennziffern zu überprüfen. Auch die Daten über die tatsächliche Erfüllung der Wirtschaftspläne in den einzelnen Ministerien, die in den offiziellen Angaben der Zentralverwaltung für Statistik nicht korrekt ausgewiesen wurden, sollten von den mehr als 600 Mitarbeitern der Hauptabteilung ermittelt und analysiert werden.⁶

Eine Schlüsselrolle spielte die von Oberstleutnant Horst Roigk geleitete Abteilung 4. Sie knüpfte enge Verbindungen zu zentralen Planungs- und Finanzorganen, insbesondere zur Staatlichen Plankommission (SPK), zur Zentralverwaltung für Statistik, zum Finanzministerium, zur Staatsbank der DDR und zum

-
- 3 Vgl. Hans-Hermann Hertle, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen? Stasi-Analysen zum ökonomischen Niedergang der DDR. In: Deutschland Archiv, 42 (2009), S. 476–495; Hans-Hermann Hertle/Franz-Otto Gilles, Zur Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR-Wirtschaft. In: Renate Hürtgen/Thomas Reichel (Hg.), Der Schein der Stabilität – DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker, Berlin 2001, S. 173–189.
 - 4 Vgl. Hans-Hermann Hertle/Franz-Otto Gilles, Stasi in der Produktion – Die „Sicherung der Volkswirtschaft“ am Beispiel der Struktur und Arbeitsweise der Objektdienststellen des MfS in den Chemiekombinaten. In: Klaus-Dietmar Henke/Roger Engelmann (Hg.), Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 118–137.
 - 5 Vgl. Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (MfS-Handbuch), Berlin 1997, S. 5.
 - 6 Vgl. Hans-Hermann Hertle/Franz-Otto Gilles, Sicherung der Volkswirtschaft. Struktur und Tätigkeit der „Linie XVIII“ des MfS. In: Deutschland Archiv, 29 (1996), S. 48.

Amt für Preise. In der Regel wurden unter dem Leitungspersonal der zu überwachenden Ministerien und zentralen staatlichen Institutionen „Offiziere im besonderen Einsatz“ (OibE) des MfS als Sicherheitsbeauftragte (SB) geworben, die dem Leiter der HA XVIII unterstellt waren.⁷ Zu den wichtigen Informationsquellen des MfS aus dem staatlichen Wirtschaftsapparat zählte der Leiter der Inspektionsabteilung der SPK.⁸ Nicht nur Angehörige des Leitungspersonals der zentralen Planungsinstanz, auch Minister, stellvertretende Minister sowie Generaldirektoren volkseigener Betriebe und Kombinate zählte das MfS zu seinen wertvollen Informationsquellen. Mit verschiedenen Personen aus den Führungsetagen der Partei- und Staatsverwaltung unterhielt das MfS bis zum Herbst 1989 persönliche Kontakte: Gerhard Schürer, Vorsitzender der SPK und Kandidat des Politbüros, Günther Kleiber, Minister für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau und ab 1984 Mitglied des Politbüros, Gerhard Beil, stellvertretender Minister und ab 1986 Minister für Außenhandel, Günter Ehrensperger, Leiter der ZK-Abteilung Planung und Finanzen. Sie trugen in „vertraulichen Gesprächen“ ihre wachsenden Sorgen über den wirtschaftlichen Verfall an das MfS offenbar in der Hoffnung heran, einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel zu bewirken.

Die bislang in der Literatur vorherrschende Annahme, es habe keine IM des MfS im Apparat des Zentralkomitees gegeben,⁹ kann im Lichte neuer Quellen nicht aufrechterhalten werden.¹⁰ Trotz des offiziellen Verbots, die Parteizentrale auszuforschen, gelangten Informationen über politisch relevante Diskussionen und Stimmungen in der SED-Zentrale, aber auch Vorlagen und Beschlussentwürfe aus den wirtschaftspolitischen Abteilungen zu den entsprechenden Dienstseinheiten des MfS. Mitunter übergaben Inoffizielle Mitarbeiter aus ZK-Abteilungen und verschiedenen Industrieministerien geheime Unterlagen über sensible Wirtschaftsdaten dem MfS.¹¹ Über Inoffizielle Mitarbeiter und offizielle Kontakte zum mittleren bzw. oberen Führungspersonal registrierte die HA XVIII die sich verschlechternde Stimmung unter den Belegschaften der staatlichen Betriebe, aber auch ungeschönte Bilanzen über die Lage in Industrie, Landwirtschaft, Finanzen und Außenhandel und leitete diese gefiltert an die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) weiter, die wiederum

7 Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII, S. 11.

8 Vgl. exemplarisch die Information des Leiters der Inspektion der SPK vom 6. 7. 1989 (BStU, MfS, HA XVIII, 19287, Bl. 222).

9 So bei Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998, S. 106.

10 Walter Süß verweist auf einen entsprechenden Beschluss der Sicherheitskommission des Politbüros vom 16. 12. 1954: Vgl. Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, Berlin 1997, S. 17. Die Richtlinien für die Anwerbung und „Führung“ von Inoffiziellen Mitarbeitern geben darüber keine eindeutigen Hinweise: Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 1: Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 2010.

11 Vgl. das Schreiben von OSL Ralf Hecht an Generalmajor Alfred Kleine vom 27. 2. 1985 (BStU, MfS, HA XVIII, 13254, Bl. 12).

aus diesem Material geheime Berichte für ausgewählte Personen der SED-Führung zusammenstellte.¹²

Die internen Informationen der HA XVIII über den Zustand der DDR-Wirtschaft, die Kleine Mielke direkt weiterleitete, dokumentieren, dass Grundprobleme des wirtschaftlichen Planungsmechanismus und strukturelle Mängel der DDR-Wirtschaft bereits in den 1970er Jahren zutreffend beschrieben wurden.¹³ Aufgrund ihrer Berichte gelangte die HA XVIII zu einer realistischen Bestandsaufnahme der volkswirtschaftlichen Lage, die im staatlichen Berichtswesen nicht üblich war.¹⁴ Wenngleich viele Berichte aus dem Partei- und Staatsapparat über eine Beschreibung der Symptome der krisenhaften ökonomischen Entwicklung nicht hinausgingen, ermöglichten die vielfältigen Informationskanäle dem MfS doch bemerkenswerte Einsichten in einige Ursachen der seit Anfang der 1980er Jahre ausgebrochenen Wirtschaftskrise. Zunächst konnten die sich häufenden Mitteilungen über die gängige Praxis, durch statistische Tricks und Manipulationen vor Ort die Kennziffern der Jahrespläne als erfüllt abrechnen zu können, noch als temporäre Funktionsmängel der Planwirtschaft bagatellisiert werden. Später wurden die Berichte über den fortschreitenden Verschleiß der materiell-technischen Ausrüstungen in den staatlichen Betrieben und damit der ökonomische Substanzverlust zu Recht als Vorboten des bevorstehenden wirtschaftlichen Untergangs gedeutet. Über die verschlungenen Wege der konspirativen Informationsbeschaffung auf verschiedenen Leitungsebenen der Partei, des Staates sowie der Wirtschaft gewann das MfS insbesondere tiefe Einblicke in die sich dramatisch zuspitzenden Zahlungsbilanzprobleme, die in den internen Analysen als existenzielles Problem der DDR bewertet wurden. Die sensiblen Daten aus dem Ministerium für Außenhandel, dem Ministerium der Finanzen und der Abteilung Planung und Finanzen des ZK wurden allerdings nur intern an den Minister sowie die zuständigen Stellvertreter und Hauptabteilungsleiter geleitet. So begnügte sich das MfS mit der Rolle des allwissenden Chronisten ökonomischer Mängel und Unzulänglichkeiten, die Mielke freilich weit über den ursprünglichen Auftrag hinaus ausdehnte. Letztlich blieb der HA XVIII seit den 1980er Jahren noch eine Art Ventilfunktion, indem diese Dienstseinheit als aufmerksamer Zuhörer und Empfänger wachsender Sorgen

12 Vgl. Roger Engelmann/Frank Joestel, *Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (MfS-Handbuch)*, Berlin 2009; Daniela Münkler, *Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1953 bis 1989*. In: dies. (Hg.), *Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung*, Göttingen 2011, S. 7–11.

13 Vgl. Siegfried Suckut, *Einleitung 1976*. In: ders. (Hg.), *Die DDR im Blick der Stasi 1976. Die geheimen Berichte an die SED-Führung*, Göttingen 2009, S. 32–36.

14 Vgl. Siegfried Suckut, *Seismographische Aufzeichnungen. Der Blick des MfS auf Staat und Gesellschaft in der DDR am Beispiel der Berichte an die SED-Führung 1976*. In: Jens Gieseke (Hg.), *Staatsicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR*, Göttingen 2007, S. 99–128; Jens Gieseke, *Annäherung und Fragen an die „Meldungen aus der Republik“*. In: ebd., S. 79–98.

und der zunehmenden Verzweiflung in Erscheinung trat, die leitende Staats- und Wirtschaftsfunktionäre angesichts des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs erfasst hatte.¹⁵

II. Warnungen vor dem ökonomischen Niedergang

Der nicht mehr zu übersehende wirtschaftliche Verfall rückte bereits am Ende der 1970er Jahre verstärkt in den Mittelpunkt interner Analysen des MfS. Die HA XVIII übermittelte der ZAIG des MfS immer häufiger Informationen, in denen die tatsächliche Wirtschaftslage geschildert wurde.¹⁶ Immer öfter war jetzt von Skepsis und Resignation unter führenden Wirtschaftsfunktionären die Rede, so dass unrealistische Vorgaben wider besseres Wissen hingenommen wurden. Die Berichte des MfS dokumentieren die nicht mehr zu übersehende Erosion der Macht. In der Wirtschaftselite der SED, ja selbst in Teilen der Machtzentrale im „großen Haus“, breiteten sich Zweifel am Sinn ihrer eigenen Tätigkeit aus. Insofern begann der innere Zerfall der wichtigsten Machtstützen nicht erst im Herbst 1989. Auswege aus der wirtschaftlichen Krise sahen einige Funktionäre der mittleren Leitungsebene im Zentralkomitee (Sektorenleiter) sowie politische Mitarbeiter nur in einem radikalen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik, der aber nur nach einem Generationswechsel in den Führungsetagen der Partei denkbar schien.

Immer mehr Wirtschaftsfunktionäre der SED und der Regierung luden ihre Sorgen und zunehmende Verzweiflung über Honeckers fatalen Wirtschaftskurs bei der Staatssicherheit ab. Offensichtlich herrschte bei ihnen die Erwartung, das MfS könne zum Umsteuern in der Wirtschaftsstrategie des Politbüros beitragen. Ungeschminkte Wahrheiten konnten Staats- und Wirtschaftsfunktionäre nirgendwo sonst offen äußern. So berichtete der Leiter der Allgemeinen Kontrollgruppe (AKG) in einer Information vom Juni 1979 über eine sich ausbreitende pessimistische Grundhaltung sowie Resignation unter Partei- und Staatsfunktionären. Leitende Wirtschaftsfunktionäre würden staatliche Aufträge wider besseres Wissen und lediglich aus Gründen „der Parteidisziplin, Unterordnung unter drakonische Festlegungen der Spitze bzw. Angst vor harter Kritik oder vor Ablösung aus der Funktion“ ausführen.¹⁷ In den vertraulichen Gesprächen, so wurde weiter mitgeteilt, werde die volkswirtschaftliche Situation als ausweglos geschildert. Mehrmals fielen die Begriffe „Resignation“, „Unsicherheit“, „Ratlosigkeit“ und „Ausweglosigkeit“. Hauptabteilungsleiter Kleine

¹⁵ Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII, S. 123.

¹⁶ Vgl. Gilles/Hertle, Sicherung der Volkswirtschaft, S. 48 f.

¹⁷ Information Nr. 73/79 der HA XVIII über „Probleme der Leitung, Planung und Bewältigung bedeutender Aufgaben in der Volkswirtschaft“ vom 22. 6. 1979 (BStU, MfS, HA XVIII, 16067, Bl. 30).

schlug daher vor, eine „unbeschönigte, realistische, nüchterne Lageeinschätzung/Analyse“ von sachkundigen Wirtschaftsexperten anfertigen zu lassen, um die Parteiführung über die prekäre Lage zu unterrichten. Notwendig sei eine langfristige Konzeption zur Beherrschung der komplizierter gewordenen ökonomischen Situation.¹⁸

Aufgrund dieses Vorschlages und der alarmierenden Berichte Kleines über die wirtschaftliche Krise in der DDR, die auch die politische Stabilität der DDR bedrohte, gab Mielke in den Jahren zwischen 1980 und 1982 der HA XVIII den Auftrag, mehrere Studien zur ökonomischen Lage in der DDR anzufertigen und sich daraus ergebende Problemlösungen vorzuschlagen.¹⁹ Den ersten Auftrag für eine umfassende Studie erteilte Mielke dem Leiter der HA XVIII am 14. Oktober 1980.²⁰ Die für die Ausarbeitung der Studie gebildete Arbeitsgruppe nahm Kontakt mit Experten aus der Staatlichen Plankommission, dem Finanzministerium, der Staatsbank der DDR, dem Außenhandelsministerium sowie volkswirtschaftlich wichtiger Kombinate auf, um diese schriftlich um Meinungen und Lösungsvorschläge zu bitten. Nach einer Schilderung des damals an der Ausarbeitung der Studie beteiligten Abteilungsleiters Horst Roigk gab es auch individuelle Aussprachen und vertrauliche Informationen aus der Führungsebene des Wirtschaftsapparates. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe wurden zu absolutem Stillschweigen verpflichtet.²¹

Nachdem Mielke Mitte Oktober 1980 die Konzeption Kleines für die Analyse bestätigt hatte, legte der Leiter der HA XVIII bereits Ende November 1980 dem Minister „Empfehlungen und Lösungsvorschläge“ für die Stabilisierung der Wirtschaft vor, die im Ergebnis der „streng konspirativ durchgeführten“ Expertengespräche entstanden waren.²² Die von ihm präsentierte Ausarbeitung deckte einige der Funktionsmängel der Planwirtschaft auf und benannte strukturelle Ursachen für die Mängel im Leitungsmechanismus der Wirtschaft, die in der Kompetenzanhäufung der Fachabteilungen des ZK gesehen wurden.²³ Dieser strukturelle Mangel ließe sich aber langfristig beheben, wenn den Ministern die volle Entscheidungsgewalt über ihren Zuständigkeitsbereich gegeben und der Einfluss der zuständigen Parteiinstanzen begrenzt werde. Zugleich

18 Ebd.

19 Vgl. Hans-Hermann Hertle, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen? Stasi-Analysen zum ökonomischen Niedergang der DDR. In: Deutschland Archiv, 42 (2009), S. 476–487.

20 Vgl. Vermerk Kleines für Mielke vom 18.10.1980 (BStU, MfS, HA XVIII, 4692, Bl. 9).

21 Vgl. Interview mit „Dr. Horst R.“. In: Gisela Karau, Stasi-protokolle. Gespräche mit ehemaligen Mitarbeitern des „Ministeriums für Staatssicherheit“ der DDR, Frankfurt a. M. 1992, S. 27.

22 Schreiben Kleines an Mielke vom 25. 11. 1980 (BStU, MfS, HA XVIII, 4692, Bl. 42).

23 Studie über „Empfehlungen und Lösungsvorschläge im Interesse des weiteren stabilen Leistungsanstiegs in der Volkswirtschaft der DDR“ vom 24. 11. 1980 (ebd., Bl. 13–38). Alle folgenden Zitate ebd.

wurde einer der Verursacher der ökonomischen Probleme genannt, der auch schon in den Berichten der MfS-Hauptabteilung zuvor als Schuldiger für die ungerechtfertigten Eingriffe in den Wirtschaftsablauf ausgemacht worden war: ZK-Sekretär Günter Mittag. Auch der Leiter des Bereichs „Kommerzielle Koordinierung“, Alexander Schalck-Golodkowski, geriet in die Schusslinie der befragten Wirtschaftsfunktionäre. Der durch ihn organisierte zweite Außenhandel wurde als eine Ursache für die unkoordinierten Planungsabläufe angeführt.

Aufschlussreich ist die Liste der befragten Experten. Darunter befanden sich stellvertretende Vorsitzende bzw. Abteilungsleiter der SPK, Minister bzw. stellvertretende Minister, ein politischer Mitarbeiter der ZK-Abteilung Planung und Finanzen, Generaldirektoren staatlicher Kombinate und Außenhandelsbetriebe sowie ein Abteilungsleiter des Ministeriums für Außenhandel. Die Auswahl der Wirtschaftsfunktionäre wurde zweifellos mit der Absicht vorgenommen, die bereits zuvor von der HA XVIII wiederholten Warnungen vor politischer Instabilität zu bekräftigen. Nicht konsultiert wurde der SPK-Vorsitzende Schürer, obgleich viele Vorschläge seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen entsprachen. Die Vorschläge zur Preispolitik standen jedoch in deutlichem Gegensatz zu den von Schürer in den 1970er Jahren wiederholt vorgeschlagenen Erhöhungen der Verbraucherpreise, u. a. für Waren des sogenannten Grundbedarfs (u. a. Lebensmittel und Mieten).²⁴ Die Studie setzte sich vehement für stabile Verbraucherpreise ein und hielt die zuvor unternommenen Preisexperimente für außerordentlich gefährlich. „Preiskorrekturen nach oben und unten sind notwendig, dürfen aber nicht vom Standpunkt der Geldabschöpfung vorgenommen werden, sondern haben überhöhten Verbrauch und Verschwendung zu beseitigen.“ Eindringlich wurde vor ungerechtfertigten Preiserhöhungen gewarnt, die zu Hamsterkäufen sowie Unzufriedenheit und Unruhe in der Bevölkerung führen würden. Diese Warnungen entsprachen dem politischen Selbstverständnis des MfS, Bedrohungsszenarien zu schildern und daraus Schlussfolgerungen für die Machtstabilisierung der SED abzuleiten.²⁵

Unklar bleibt, welchen Weg diese Studie nahm. Interne Analysen wurden den Mitgliedern des Politbüros in der Regel nicht zur Kenntnis gegeben. Dass Mielke selbst dem Generalsekretär der SED unangenehme Wahrheiten über die reale Wirtschaftslage verschwieg, belegen die Berichte der ZAIG des MfS. Was die ZAIG über ausgewählte aktuelle Probleme in einzelnen Betrieben und Wirtschaftszweigen an die SED-Führung lieferte, hatte aufgrund der Selbst-

24 Vgl. Andreas Malycha, Der „Konsumsozialismus“ der Honecker-Ära und der Eklat um die Erhöhung der Verbraucherpreise im Herbst 1979. In: Deutschland Archiv, 45 (2012), S. 305–318.

25 Vgl. Jens Gieseke, Bevölkerungsstimmungen in der geschlossenen Gesellschaft. MfS-Berichte an die DDR-Führung in den 1960er und 1970er Jahren. In: Zeithistorische Forschungen, Online-Ausgabe, 5 (2008) 2, S. 6.

zensur ihrer Berichte keinen seismografischen Charakter.²⁶ Denn eine zusammenfassende Analyse der grundlegenden Ursachen für die auftretenden Missstände, zu der das MfS aufgrund der vielen Detailinformationen aus den Betrieben der DDR in der Lage war, legte es dem Politbüro nicht vor. Stattdessen beschränkte es sich in den Berichten an die Parteiführung auf Informationen über Havarien in den volkseigenen Betrieben und darauf, einzelne Betriebsdirektoren für bestimmte Missstände verantwortlich zu machen.²⁷

Intern berichtete Hauptabteilungsleiter Kleine in den folgenden Monaten unentwegt über ständig anwachsende wirtschaftliche Probleme: das steigende Zahlungsbilanzdefizit, Planmanipulationen in einzelnen Wirtschaftsministerien, Rückstände im Wohnungsbauprogramm und in der Erfüllung des Wirtschaftsplanes. Besorgniserregend seien insbesondere die rapide sinkende Arbeitsmoral in den Betrieben und die wachsende Unzufriedenheit unter den Belegschaften. Anfang Januar 1982 informierte Kleine den Minister von den wachsenden Sorgen über den Zustand der Wirtschaft, die aus der mittleren Leitungsebene der Wirtschaft an ihn oder seine Abteilungsleiter herangetragen worden seien.²⁸ Von Erscheinungen der Resignation und Gleichgültigkeit war die Rede. Kleine schilderte dem Minister die vorherrschende pessimistische Stimmung unter leitenden SED-Wirtschaftsfunktionären, die längst nicht mehr an die offiziell gepriesenen Vorzüge der sozialistischen Planwirtschaft glaubten. Vielfach fügten sie sich wider besseres Wissen der Parteidisziplin und stimmten den Vorgaben des Politbüros zu. Als Beispiel führte Kleine die sogenannte Verpflichtungsbewegung an, bei der sich Generaldirektoren der Kombinate während der Seminare, die stets einige Tage vor der Eröffnung der Leipziger Frühjahrs- bzw. Herbstmesse stattfanden, „spontan“ zu höheren Leistungskennziffern ihrer unterstellten Staatsbetriebe verpflichteten, obwohl sie derartige Verpflichtungen für völlig unrealistisch hielten. Auf ähnliche Weise seien auch andere ökonomisch irrsinnige Entscheidungen zustande gekommen, die Mittag innerhalb der Wirtschaftskommission des Politbüros initiiert habe. Insgesamt werde so ein Trugbild über die wirtschaftliche Situation konstruiert, das mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr viel zu tun habe.²⁹

Vor dem Hintergrund dieser alarmierenden Berichte über die krisengeschüttelte Wirtschaft bewertete der Minister die gesellschaftliche Situation während eines Gesprächs mit Kleine am 11. Januar 1982 als „gefährliche Lage für die DDR“, die nicht alle „ernst nehmen“ würden.³⁰ Gemeint war damit sicherlich Honecker, der entsprechende Berichte stets für Übertreibungen und Panik-

26 Vgl. Suckut, Seismographische Aufzeichnungen, S. 99 f.; Henrik Bispinck, Einleitung 1977. In: Daniela Munkel (Hg.), Die DDR im Blick der Stasi 1977. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2012, S. 15 f.

27 Vgl. Suckut, Einleitung 1976, S. 36.

28 Vgl. Brief Kleines an Mielke vom 2.1.1982 (BStU, MfS, HA XVIII, 4693, Bl. 3).

29 Vgl. ebd.

30 Handschriftliche Notizen Kleines über eine Aussprache mit Mielke am 11.1.1982 (ebd., Bl. 35).

mache hielt. Im Ergebnis dieses Gesprächs beauftragte Mielke die HA XVIII Mitte Januar 1982, eine neue Analyse mit kurz- und mittelfristigen Lösungsvorschlägen auszuarbeiten.³¹ Der von Kleine und seinen Abteilungsleitern für die neue Analyse einbezogene Expertenkreis wurde nun deutlich erweitert. Er umfasste Funktionäre aus den oberen Etagen des Wirtschafts- und Parteiapparates, die das MfS als zuverlässige Vertrauenspersonen einstufte. Beteiligt waren Staatssekretäre in verschiedenen Ministerien, Minister und stellvertretende Minister, Generaldirektoren ausgewählter Kombinate, Abteilungsleiter bzw. stellvertretende Vorsitzende der SPK sowie politische Mitarbeiter der ZK-Abteilung Planung und Finanzen. Hinzugekommen waren u. a. Alexander Schalck-Golodkowski, Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel und Leiter des Bereichs „Kommerzielle Koordinierung“.

Kleine übergab die neue Studie am 25. Januar 1982 an Mielke.³² Die einzelnen Aussagen und Vorschläge dieses Papiers mussten allerdings nicht in jedem Fall mit den Ansichten der Experten übereinstimmen, denn es fällt auf, dass die zentralen Beurteilungen weitgehend den bislang von Hauptabteilungsleiter Kleine an Mielke übermittelten Lageeinschätzungen entsprachen. Gleichwohl waren die in der Studie gewählten Begriffe „Vertrauensabfall“, „Gleichgültigkeit“ und „Resignation“ moralische Zuschreibungen, die das Verhaltens- und Aktionsmuster der SED-Wirtschaftskader und damit einer wichtigen politischen Führungsschicht zutreffend beschrieben und zu einer politischen Erstarrung führten, die wesentlichen Einfluss auf die innere Stabilität der DDR haben musste.

Die von Kleine dem Minister vorgelegte Analyse³³ begann mit dem bemerkenswerten Eingeständnis, dass die Verwirklichung der Beschlüsse der Partei auf ökonomischem Gebiet „zu einer Gefährdung der inneren Stabilität der DDR“ geführt habe.³⁴ Für die entstandene Lage führte die Studie entgegen der üblichen Praxis des MfS vorwiegend interne Faktoren an. Als zentralen Ausgangspunkt wählten die Verfasser die Zahlungsbilanz gegenüber den westlichen Gläubigern, die offenbar nicht nur das MfS, sondern auch die Mehrzahl der befragten Wirtschaftsfunktionäre als eine Kernfrage der ökonomischen und damit auch der politischen Stabilität der DDR betrachtete. Aufgrund der von den Experten gelieferten Bestandsaufnahmen in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft warnten die Autoren vor einer drohenden Zahlungsunfähigkeit gegenüber den westlichen Industriestaaten. Sie machten dafür hauptsächlich den konsumorientierten Wirtschaftskurs und insbesondere Günter Mittag als

31 Vgl. ebd.

32 Vgl. Schreiben Kleines an Mielke vom [25.] 1. 1982 (ebd., Bl. 30).

33 Vgl. die Analyse der HA XVIII über die Situation in der Volkswirtschaft und Vorschläge zur Lösung volkswirtschaftlicher Probleme vom 25. 1. 1982 (ebd., Bl. 63–98). Das Dokument wurde in Auszügen veröffentlicht von Hans-Hermann Hertle, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen?, S. 487–495.

34 Analyse über die Situation in der Volkswirtschaft vom 25. 1. 1982 (ebd.). Alle folgenden Zitate ebd.

zuständigen Wirtschaftssekretär verantwortlich, der dem Generalsekretär gegenüber mehrfach wahrheitswidrige Angaben über die realen Möglichkeiten zur Gewährleistung der Zahlungsbilanz sowie zur Erfüllung des Exportplanes 1981 gemacht habe. Auch das von Mittag eingebrachte und schließlich vom Politbüro im Juni 1981 beschlossene Vorhaben, die Schulden gegenüber dem Westen bis 1985 zu halbieren,³⁵ beruhe auf unrealistischen Voraussetzungen.

Zudem sei es ein verhängnisvoller Irrtum des Wirtschaftssekretärs, die Minister sowie die Generaldirektoren der Kombinate mit administrativen Mitteln „auf Kampfpositionen zur Erfüllung der Außenwirtschaftspläne“ zu bringen. Das „zweite Leitungssystem“ in der Volkswirtschaft mit Mittag und seiner Wirtschaftskommission wurde, wie schon in der Ausarbeitung vom Oktober 1980, als Verursacher struktureller Fehlentwicklungen ausgemacht. Durch dessen Entscheidungen habe der Ministerrat seine Aktionsfähigkeit verloren. Dieser könne seine Verantwortung für die Leitung der Volkswirtschaft nicht mehr wahrnehmen, da er lediglich Parteibeschlüsse nachträglich als „juristischen Akt“ zu legitimieren habe. Die Studie rückte somit stärker als zuvor die strukturellen Mängel im Leitungssystem der Wirtschaft in den Mittelpunkt. Um die Rettung der Wirtschaft vorzubereiten, sollte „ein Kreis ausgewählter Genossen aus zentralen wirtschaftsleitenden Organen“ unter Leitung Honeckers die reale Lage der Volkswirtschaft einschätzen und sowohl kurzfristige als auch längerfristige Lösungen erarbeiten.

Eine dauerhafte Lösung der wirtschaftlichen Probleme sahen die Autoren der Studie vom Januar 1982 in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und dem RGW. Veränderungen in Struktur und Umfang des Außenhandels mit der UdSSR sollten es möglich machen, die deutsch-deutschen Handelsbeziehungen einzufrieren bzw. ganz aufzugeben. Die Abkehr vom Handel mit den westlichen Industrieländern würde zwar Nachteile bringen, so etwa den Verlust von bisherigen Marktpositionen im Westen. Doch könnte damit die zunehmende ökonomische und mithin politische Abhängigkeit von den westlichen Industrieländern beseitigt werden. Mit dieser Forderung wurde die schon zuvor von Mielke und seinen Stellvertretern geäußerte Sorge kanalisiert, die DDR mache sich durch den deutsch-deutschen Handel erpressbar. Eine noch stärkere außenwirtschaftliche Fixierung auf die Sowjetunion war allerdings mit unabsehbaren Risiken verbunden, da die UdSSR selbst mit einer schweren Wirtschaftskrise zu kämpfen hatte. Insofern konnte Mielke mit dieser Ausarbeitung keine brauchbare konzeptionelle Alternative zum Handel mit den westlichen Industrieländern anbieten.

Doch wollte das MfS dem SED-Chef wirklich die katastrophale Wirtschaftslage schildern und ihn auf diesem Wege von einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel sowie einer ökonomischen Abschottung der DDR gegenüber dem

35 Vgl. den Beschluss des Politbüros über „Maßnahmen zur vollen Sicherung der Zahlungsbilanz 1981 gegenüber dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ vom 30.6.1981 (SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1899).

Westen überzeugen? Eine Unterredung Kleines mit dem Stellvertreter des Ministers, Rudi Mittag, vom 2. Februar 1982 ist in dieser Hinsicht aufschlussreich.³⁶ Mittag drängte darauf, jene Passagen aus der Ausarbeitung zu streichen, in denen Kritik an der von Honecker seit 1971 verfolgten Wirtschafts- und Sozialpolitik geübt wurde. Die seitdem gefassten wirtschaftspolitischen Beschlüsse seien seiner Ansicht nach nicht in Zweifel zu ziehen. Auf konkrete Angaben über die Entwicklung der Auslandsverschuldung, die ursprünglich für die Jahre seit 1971 detailliert ausgewiesen worden war, sollte gänzlich verzichtet werden. Ebenso sollten sämtliche Verweise auf Mittag und seine wirtschaftspolitischen Abenteuer entfernt werden, die vermutlich den Unmut des Generalsekretärs hervorgerufen hätten. Der nicht zu übersehende pessimistische Grundton in der Beschreibung der wirtschaftlichen Situation war insgesamt zu relativieren.

Auf der Grundlage der Beratung bei Mittag wurde eine neue Fassung der Studie der HA XVIII erarbeitet.³⁷ Die Version vom 8. Februar 1982 machte zwar auf einige ökonomische Grundprobleme der DDR-Ökonomie aufmerksam. Ihr fehlte jedoch die ursprüngliche strukturelle Kritik am Leitungssystem der Wirtschaft und damit die eigentliche Brisanz. Zahlen zur Bilanz der Valutawirtschaft tauchten nicht mehr auf. Mittag und die Wirtschaftskommission beim Politbüro wurden nun nicht mehr erwähnt. Jeglicher Hinweis auf eine sich nach 1971 entwickelnde negative wirtschaftliche Bilanz, die zuvor mit anschaulichem Faktenmaterial unterlegt worden war, wurde entfernt, um keine Zweifel an den Beschlüssen des VIII. Parteitag aufkommen zu lassen. Dem Rotstift fielen auch sämtliche Anmerkungen zum Opfer, die auf Erscheinungen der Resignation der Wirtschaftskader aufmerksam machten. Die ausdrückliche Warnung vor den negativen Auswirkungen für die DDR-Wirtschaft aufgrund des Handels mit den westlichen Industrieländern hatte Kleine weisungsgemäß ebenfalls entfernt. Stattdessen wurde Honeckers Politik der friedlichen Koexistenz gelobt und die gewachsene internationale Position der DDR betont. Die Ausweitung der Handelsbeziehungen mit den westlichen Industrieländern wurde nun plötzlich positiv gedeutet. Dafür tauchten in dem redigierten Papier Hinweise auf Krisenerscheinungen im Kapitalismus auf, die vorher nicht enthalten waren.

Das überarbeitete Papier erweckte den Eindruck, als sei die wirtschaftliche Lage durchaus beherrschbar, es müssten nur die Beschlüsse der Partei zur Qualifizierung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft in allen Bereichen der Volkswirtschaft noch stärker zur Wirksamkeit gebracht werden. Das entsprach den sinnentleerten Allgemeinplätzen, die auf Parteitag und ZK-Tagungen benutzt wurden. An wen die geschönte Ausarbeitung der HA XVIII

36 Vgl. die Aufzeichnungen Kleines über eine Beratung bei Mittag am 2.2.1982 (BStU, MfS, HA XVIII, 4693, Bl. 104–109). Alle folgenden Zitate ebd.

37 Vgl. ebd., Bl. 125–139. Alle folgenden Zitate ebd. oder Belege auf der nächsten Seite.

letztlich übergeben wurde, ist unklar. Als Mittel, Honecker die wirklichen Probleme in der Wirtschaft nahe zu bringen, taugte der Bericht jetzt nicht mehr.

In den Notizen Kleines über die Dienstberatungen bei Mielke und Mittag finden sich keine begründeten Hinweise für die Annahme, der zuständige Hauptabteilungsleiter des MfS habe von Mielke einen Rüffel erhalten, weil seine Mitarbeiter es im Rahmen der Wirtschaftsanalyse gewagt hatten, in den Verantwortungsbereich des Sekretärs für Wirtschaft kritisch hineinzuleuchten.³⁸ Das Gegenteil ist wahrscheinlicher, denn zwischen Mittag und Mielke gab es durchaus Spannungen, die sich aus unterschiedlichen Ansichten zu den deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen ergaben. Der Wirtschaftssekretär blieb auch in den späteren internen Analysen und Berichten der HA XVIII der hauptsächliche Verursacher einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Für Hauptabteilungsleiter Kleine war Mittag das personelle Haupthindernis für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Seine Kritik an den uneingeschränkten Machtbefugnissen des „Systems Mittag“ wurde in den 1980er Jahren immer unverhohlener. Ähnliche Vorbehalte schien selbst der MfS-Chef gegen Mittag zu hegen, insbesondere aus „sicherheitspolitischen“ Gründen. Für Mielke war nur schwer zu erkennen, inwieweit Mittag in den deutsch-deutschen Kooperationsgeschäften noch die „Parteilinie“ vertrat und nicht – gewollt oder ungewollt – ökonomische Abhängigkeiten von den imperialistischen Staaten erzeugte und damit die Interessen des „Klassenfeindes“ bediente.³⁹

III. SED und MfS

Generell konnten Kleine und seine Hauptabteilung mit ihren Analysen keine konzeptionelle und personelle Alternative zum Wirtschaftskurs der SED anbieten, die unter den herrschenden politischen Rahmenbedingungen durchsetzbar gewesen wäre. Die in der HA XVIII vorgeschlagene Lösung, sich völlig vom Außenhandel mit den westlichen Industrieländern abzukoppeln, war illusorisch. Nach ihrer Ausarbeitung vom Januar 1982 warnte die HA XVIII zwar immer wieder vor einem bedrohlichen Ansteigen der Westverschuldung und den damit verbundenen Gefahren einer finanziellen Abhängigkeit vom Westen. Vergleichbare Studien, die auf der Grundlage von Expertenbefragungen wirtschaftspolitische Defizite aufzeigen, legte Kleine in den 1980er Jahren jedoch nicht mehr vor. Mielke hatte wohl eingesehen, dass das MfS nicht dafür geschaffen worden war, eine alternative Wirtschaftspolitik zu entwickeln.

Wengleich die Staatssicherheit versuchte, den zentralen Parteigremien vor Augen zu führen, wie politisch gefährlich der wirtschaftliche Niedergang war,

38 Dies vermutete Walter Süß. Vgl. Walter Süß, Leserbrief. In: Horch und Guck, 11 (2002) 40, S. 95.

39 Vgl. Hertle, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen?, S. 479.

bemühte sich das MfS letztlich darum, die Vorgaben der SED-Führung mit eigener Logik und Methode zu erfüllen.⁴⁰ Dennoch zeigen die internen Analysen der Jahre 1980 und 1982, wie zumindest Hauptabteilungsleiter Kleine und seine Dienstseinheit versuchten, unter Berufung auf Expertenmeinungen die Prioritäten der Wirtschaftspolitik partiell selbst zu bestimmen. Auf regionaler Ebene gab es zudem sporadische Versuche des MfS, eine „Steuerungsfunktion“⁴¹ in der Volkswirtschaft wahrzunehmen.⁴² Somit kann die praktische Tätigkeit des MfS in den 1980er Jahren nicht auf die Rolle eines willfähigen Erfüllungshelfen der SED reduziert werden.⁴³ Obgleich das MfS existenziell für den Machterhalt der SED und zweifellos kein „Staat im Staate“ war,⁴⁴ erfasst die vorherrschende Sicht auf die Staatssicherheit als „Schild und Schwert der Partei“ den Beziehungsalltag zwischen Partei und Sicherheitsapparat nicht vollständig. Bislang unzureichend beantwortet wurde die Frage, welche Diskrepanzen, Wechselwirkungen und Spannungen es trotz der engen Verzahnung zwischen MfS und SED auf regionaler Ebene gab.⁴⁵

Im Herbst 1989 behauptete Kleine in einem Brief an den Leiter der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen, Wolfgang Herger, dass seine Dienstseinheit seit 1975 regelmäßig und umfangreich über „die sich abzeichnenden und ständig weiter zuspitzenden grundsätzlichen Probleme in der Volkswirtschaft, über dazu erkannte Ursachen“, hingewiesen sowie „Vorschläge zur Verhinderung weiterer negativer Entwicklungstendenzen“ vorgelegt habe.⁴⁶ Seine Rechtfertigung, die er als Antwort auf den peinlichen Auftritt Mielkes in der Volkskammersitzung am 13. November 1989 verfasste, enthielt allerdings nur die halbe

40 Vgl. Siegfried Suckut, Generalbeauftragter der SED oder gewöhnliches Staatsorgan. Probleme der Funktionsbestimmung des MfS in den sechziger Jahren. In: Suckut/Süß, Staatspartei und Staatssicherheit, S. 157–167.

41 Die Annahme, das MfS sei in der Lage gewesen, „staatliche Steuerungsfunktion in Schlüsselbereichen partiell zu substituieren“, formulierte Klaus-Dietmar Henke, Zu Nutzung und Auswertung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. In: VfZ, 41 (1993), S. 575–587, hier 585.

42 Vgl. Gunter Gerick, SED und MfS. Das Verhältnis der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit von 1961 bis 1989, Berlin 2013.

43 Zum Verhältnis zwischen SED und MfS vgl. Walter Süß, „Schild und Schwert“ – Das Ministerium für Staatssicherheit und die SED. In: Aktenlage, S. 83–97; Siegfried Suckut/Walter Süß (Hg.), Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997; Helge Heidemeyer, SED und Ministerium für Staatssicherheit: „Schild und Schwert der Partei“. In: Jens Gieseke/Hermann Wentker (Hg.), Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme, Berlin 2011, S. 114–135.

44 Dies behaupteten sowohl Honecker als auch Krenz. Vgl. Egon Krenz, Wenn Mauern fallen. Die Friedliche Revolution: Vorgeschichte, Ablauf, Auswirkungen, Wien 1990, S. 124; Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg, Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin 1990, S. 368.

45 Vgl. Roger Engelmann, Eine Regionalstudie zu Herrschaft und Alltag im Staatssozialismus. In: Staatssicherheit und Gesellschaft, S. 167–186; Daniela Münkel, Staatssicherheit in der Region. Die geheimen Berichte der MfS-Kreisdienststelle Halberstadt an die SED. In: Deutschland Archiv, 43 (2010), S. 31–38.

46 Schreiben Kleines an Herger vom 14. 11. 1989 (BStU, MfS, HA XVIII, 19640, Bl. 171).

Wahrheit. Gewiss verfügte das MfS dank seiner zahlreichen Inoffiziellen Mitarbeiter über ungeschönte ökonomische Daten und glaubwürdige Lageeinschätzungen. Doch wurden die Meldungen aus der Wirtschaft den dafür Verantwortlichen in der Parteiführung lediglich als partielle Mängelberichterstattung oder als Information über Ursachen von „Betriebsgefährdungen“ und „Havarien“ zugeleitet, nicht aber in Form einer gesamtwirtschaftlichen „Gutachtertätigkeit“.⁴⁷

Die Staatssicherheit verfügte zwar über innenpolitisch relevantes Herrschaftswissen. Die wirklich brisanten Lageeinschätzungen und Analysen blieben jedoch unter Verschluss und der internen Auswertung vorbehalten. Zudem durchliefen die aus den Bezirksdienststellen des MfS und den Hauptabteilungen kommenden Informationen mehrere Filter, in denen allzu brisantes Material abgeschwächt oder gänzlich herausgenommen wurde. Auf diese Weise spiegelten die in der ZAIG verallgemeinerten Informationen für die SED-Führung nur Teile der ursprünglichen internen Lageeinschätzungen wider. Ferner kam es vor, dass Mielke die Weiterleitung von einzelnen Informationen der ZAIG, die für die zuständigen Sekretariats- bzw. Politbüromitglieder vorbereitet worden waren, in letzter Instanz verhinderte.⁴⁸ Über den Verteilerkreis und die Weitergabe der Informationen an die Parteiführung entschied ausschließlich der Minister. Er konnte bestimmte Politbüromitglieder bewusst ausschließen. In der Regel erhielten die Politbüromitglieder nur jene Informationsmaterialien, die ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich zugeordnet werden konnten.⁴⁹ So wurden Meldungen aus der Wirtschaft häufig nur Mittag und Krolkowski zugeleitet, nicht aber Honecker.

Die regelmäßigen Informationen des MfS an ausgewählte Mitglieder des Politbüros hätten eine wichtige Quelle sein können, um sich ein realistisches Bild von der politischen Lage in der DDR zu machen. Doch gerade bei sensiblen Themen, die politische Stimmungen und somit die Legitimation der SED-Herrschaft berührten, wurden Halbwahrheiten übermittelt und tendenziös berichtet.⁵⁰ Inwieweit und in welcher Form interne Gutachten und Analysen, die über den Informations- und Wahrheitsgehalt der ZAIG-Berichte hinausgingen, an Honecker gelangten, ist nach wie vor schwer feststellbar. In letzter Instanz entschied allein Mielke, worüber er Honecker – entweder über die ZAIG-Berichte, über andere Wege unter Umgehung des MfS-internen Dienstweges oder in Vier-Augen-Gesprächen – unterrichten wollte und worüber nicht. In den Gesprächen zwischen Honecker und Mielke, die regelmäßig nach den Politbürositzungen stattfanden, kamen offenbar nicht nur Angelegenheiten des

47 Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII, S. 122.

48 Vgl. Suckut, Einleitung, S. 24.

49 Vgl. Daniela Münkler, Vorwort. In: Die DDR im Blick der Stasi, S. 8; Bispinck, Einleitung. In: Die DDR im Blick der Stasi, S. 46 f.

50 Vgl. Gieseke, Bevölkerungsstimmungen in der geschlossenen Gesellschaft, S. 9; ders., Annäherung und Fragen an die „Meldungen aus der Republik“, S. 79 f.

Staatssicherheitsdienstes zur Sprache. Nach Aussage von Honeckers langjähriger Chefssekretärin sei es vorgekommen, dass Mielke erregt und sichtlich aufgebracht aus Honeckers Zimmer eilte.⁵¹ Mielke gehörte neben Mittag zu jenen auserwählten Politbüromitgliedern, die ohne vorherige Anmeldung jederzeit zum Parteichef vorgelassen wurden und dieses Privileg auch in Anspruch nahmen.⁵²

Berichte des MfS bildeten jedoch nicht die einzige Informationsquelle des Politbüros. Der engere Führungskreis um Honecker verfügte durch Schürers Informationen und ungeschönte Statistiken aus der Staatlichen Plankommission über exakte Daten über die wirtschaftliche Gesamtlage, den realen Stand der Planerfüllung sowie das tatsächliche Ausmaß der Auslandsverschuldung. Im „kleinen Kreis“ um Honecker, Mittag, Krolkowski und Schürer wurde relativ offen über das Scheitern der Sozialpolitik auf Pump gesprochen. Honecker und das Politbüro steuerten keineswegs ahnungslos und ohne Kenntnis der tatsächlichen Wirtschaftslage auf die ökonomische Katastrophe zu. Ratlosigkeit herrschte allgemein darüber, welcher Ausweg sich aus der zu Beginn der 1980er Jahre ausgebrochenen Wirtschaftskrise bieten könnte. Eine Umsteuerung durch drastische Einschränkung der kostspieligen Sozialpolitik zugunsten einer industriellen Modernisierungs- und Wachstumspolitik konnte sich die SED-Führung nicht leisten, wenn sie die passive Loyalität der Bevölkerungsmehrheit nicht aufs Spiel setzen wollte. So konnten weder im Politbüro noch in Mielkes Ministerium gangbare Alternativen und Lösungswege aufgezeigt werden. Das starre Festhalten am Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik war insgesamt Ausdruck der völligen Hilflosigkeit gegenüber den in der Gesellschaft aufgestauten Problemen.

51 Vgl. das Protokoll der Zeugenvernehmung von Elli Kelm am 21.2.1990 (Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 97/91, Band 3).

52 Vgl. Bernd Brückner, An Honeckers Seite. Der Leibwächter des Ersten Mannes, Berlin 2014, S. 101.

